



Kinderschutztage 2021

Resolution

Kinder haben Armut nicht gewählt

#KinderarmutAbwählen

Die anhaltend hohe Kinderarmut in unserem reichen Land ist ein unhaltbarer Zustand.

Der Kinderschutzbund fordert mehr Mut und mehr Tempo bei der Bekämpfung von Kinderarmut, denn Kinder haben Armut nicht gewählt. Nach der UN-Kinderrechtskonvention haben alle Kinder das Recht auf ein Aufwachsen in sozialer Sicherheit. Die staatliche Gemeinschaft muss diese Sicherheit geben können.

Deshalb braucht es eine Gesamtstrategie gegen Kinderarmut. Alle politischen Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – müssen ihren Beitrag dazu leisten. Handlungsleitend muss eine Haltung von Wertschätzung und Vertrauen in alle Kinder, Jugendliche und ihre Familien sein. Als zentrale Bausteine dieser Gesamtstrategie gehören die Neuermittlung des kindlichen Existenzminimums unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, die Kindergrundsicherung und ein Investitionspaket „Kinder-Infrastruktur“ als prioritäre Vorhaben in den Koalitionsvertrag der nächsten Bundesregierung.

Jedes **fünfte Kind ist in Deutschland von Kinderarmut** betroffen – insgesamt drei Millionen Kinder und Jugendliche. In den letzten zehn Jahren stieg die Kinderarmut kontinuierlich weiter auf 20,5 Prozent (2019) an.

Die **Corona-Pandemie hat die finanzielle Situation** vieler Familien weiter **verschärft**. Das zeigt sich in einem deutlichen Anstieg derjenigen, die Leistungen beziehen müssen, um ihr Existenzminimum zu sichern. Beispielsweise hat sich die Zahl von Kinderzuschlagsbeziehenden unter 18 Jahren von 2019 auf 2020 von 264.699 auf 767.930 fast verdreifacht. Gleichzeitig ist die Zahl der Kinder im SGB II-Bezug nur sehr leicht von 1,93 auf 1,85 Millionen zurückgegangen. Darauf müssen wir jetzt entschieden reagieren. Zu den tatsächlich in Anspruch genommenen Leistungen kommt eine **erhebliche Dunkelziffer von in Armut lebenden Kindern**. Viele Menschen nehmen Leistungen nicht wahr, obwohl sie anspruchsberechtigt wären. Die Bundesregierung selbst geht bei „aufstockenden“ SGB II-Leistungen von 50 Prozent und beim Kinderzuschlag sogar von 65 Prozent Nicht-Inanspruchnahme aus.

Alle Statistiken und Studien zur Kinderarmut sind seit Jahren bekannt. Bisher fehlt es aber am politischen Willen grundlegende Reformen umzusetzen und so Kinderarmut wirksam zu verringern. Obwohl die **Bevölkerung mit großer Mehrheit hinter dem Ziel steht, Kinderarmut zu bekämpfen** und eine Kindergrundsicherung einzuführen. Nach einer aktuellen repräsentativen Forsa-Umfrage halten 94 Prozent die Bekämpfung der Kinderarmut für sehr wichtig bzw. wichtig, 76 Prozent - rund drei Viertel - sprechen sich für eine Kindergrundsicherung aus.¹

¹ Forsa-Umfrage: Die repräsentative Befragung wurde von der forsa Politik- und Sozialforschung GmbH im Auftrag des Kinderschutzbundes und des DGB durchgeführt. Grundgesamtheit der Untersuchung ist die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Befragt wurden insgesamt 1.018 nach einem systematischen Zufallsverfahren ausgewählte Personen der Grundgesamtheit. Die Erhebung wurde vom 16. bis 25. Juli 2021 als Online-Befragung durchgeführt.



Konkret fordert der Kinderschutzbund:

Wertschätzung und Vertrauen in alle Familien

Viele staatliche Maßnahmen haben eine Gemeinsamkeit: Direkte Zahlungen an Familien werden vermieden. Stattdessen gibt es Gutscheine und Sachleistungen, wie beim sogenannten Bildungs- und Teilhabepaket. Das schränkt Entscheidungsspielräume von Kindern und ihren Familien ein und stigmatisiert – von den bürokratischen Hürden ganz abgesehen. Dahinter verbirgt sich das Vorurteil, das Geld käme sonst nicht bei den Kindern an.

Der Kinderschutzbund wendet sich gegen die Vorurteile, die oft Familien in Armut treffen. Die Unterstellung, dass einige Eltern nicht das Beste für ihre Kinder wollen, muss aufhören. Wir begegnen allen Familien mit einer Haltung von Wertschätzung und Vertrauen. Unsere praktischen Erfahrungen und eine Vielzahl wissenschaftlicher Studien bestärken uns in dieser Haltung. Familien, die in finanzieller Not sind, brauchen direkte, unbürokratische und nicht-stigmatisierende Leistungen – Geldleistungen wie auch Infrastrukturangebote. Misstrauen und Kontrolle sind der falsche Weg.

Neuermittlung des bedarfsgerechten kindlichen Existenzminimums unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Das Existenzminimum muss stärker als bisher an den tatsächlichen Bedarfen von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet sein und auch den wirklichen Bedarf für Bildung und Teilhabe besser abbilden. Kindbezogene Leistungen – wie die Kindergrundsicherung als auch die Kinder-Infrastruktur – müssen darauf basieren. An der Neuermittlung dieses Existenzminimums müssen Kinder und Jugendliche unmittelbar beteiligt werden, denn sie sind Expert*innen in eigener Sache.

Kindergrundsicherung auf Bundesebene einführen

Der Kindergrundsicherung muss ein neu und transparent berechnetes kindliches Existenzminimum zugrunde liegen. Gleichzeitig ist unsere Kindergrundsicherung einfach und direkt: Sie bündelt eine Vielzahl von kindbezogenen Leistungen aus dem Sozial- und Steuerrecht (Kindergeld, Kinderfreibetrag, Sozialgeld, Kinderzuschlag, Teile des Bildungs- & Teilhabepaketes); ist sozial gerecht ausgestaltet, d.h. sie schmilzt von einem Höchstbetrag mit steigendem Einkommen langsam zum Mindestbetrag ab, der verfassungsrechtlichen Vorgaben genügt; sie wird automatisch und direkt an die Familien ausgezahlt, damit sie auch bei allen Kindern ankommt. So stellen wir das aktuelle System vom Kopf auf die Füße und sorgen dafür, dass jedes Kind die Kindergrundsicherung tatsächlich bekommt.

Investitionspaket “Kinder-Infrastruktur” zur besseren Unterstützung von Kindern und ihre Familien vor Ort

Die Infrastruktur im Lebensumfeld von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien unterscheidet sich zunehmend von Bundesland zu Bundesland sowie von Kommune zu Kommune. Viele Bundesländer und Kommunen halten bestehende Infrastruktur nicht aufrecht und tätigen erst recht keine präventiven Investitionen. Dies liegt zum einen an der fehlenden politischen Prioritätensetzung auf der jeweiligen Ebene, zum anderen fehlt das Geld. Insbesondere die Städte und Gemeinden mit der höchsten Kinderarmut haben nur geringe finanzielle Mittel für Prävention und können Investitionen in die Infrastruktur nicht selbst finanzieren.

Um gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland für alle Kinder zu schaffen, geht es nicht ohne Hilfen des Bundes. Besondere Beachtung brauchen sozial segregierte Stadtteile und strukturschwache ländliche Räume. Deshalb fordern wir den Bund auf, gezielte Förderprogramme für die Kinder-Infrastruktur auf Landes- und kommunaler Ebene aufzulegen. Das beinhaltet u.a. Investitionen in kostenfreie qualitativ hochwertige Bildung & ganztägige Betreuung sowie Investitionen in bedarfsgerechte Angebote der Kinder- und Jugendhilfe insb. der Kinder- u. Jugendarbeit, der Kinder- u. Jugendfreizeiteinrichtungen und der Beratungs- u. Bildungsangebote für Kinder und Familien vor Ort.